

Aachener Zeitung vom 16.04.2015, S. 10

Neuer Flüchtlingsgipfel, alte Probleme

Ministerpräsidentin sieht Kommunen am „Rande ihrer Möglichkeiten“. Teilnehmer sprechen über Platzmangel und Kostenprobleme.

VON WILFRIED GOEBELS

Düsseldorf. Nicht genug Geld, zu wenig Platz: Beim zweiten Flüchtlingsgipfel in NRW sind die neuen Probleme auch die alten. Sieben Monate nach dem ersten Gipfel wurden die langen Bearbeitungszeiten der Asylanträge im Bund zum beherrschenden Thema. Im März 2015 lagen 200 000 unbearbeitete Asylanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) – trotz einer Aufstockung der Mitarbeiterzahl um 650 Stellen doppelt so viele wie vor einem Jahr. NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) machte eine Rechnung auf: Wenn die Bearbeitung der Asylanträge heute von sechs auf drei Monate verkürzt würde, könnten die Städte die Kapazitäten der Flüchtlingsheime um die Hälfte reduzieren.

Keine verbindlichen Zusagen

Zwei Stunden haben 30 Vertreter von Parteien, Kommunen, Flüchtlingsorganisationen und Kirchen über die wachsenden Flüchtlingsprobleme diskutiert. Denn allein im ersten Quartal dieses Jahres hat NRW rund 22 000 Flüchtlinge neu aufgenommen – ein Anstieg um gut 170 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Mindestens rund 60 000 Asylbewerber werden für NRW für das Gesamtjahr 2015 erwartet.

Wer verbindliche Zusagen des Landes erwartet hatte, wurde enttäuscht. Kein frisches Geld, dafür

eine Bilanz der bisherigen Maßnahmen und weitreichende Forderungen an den Bund. Auch die überfällige Festlegung von Mindeststandards in Aufnahmeeinrichtungen ist noch in der Abstimmung. Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) räumte ein, dass die „Kommunen am Rande ihrer Möglichkeiten“ angelangt sind. Deshalb soll der Bund künftig die Kosten für geduldete Flüchtlinge übernehmen.

Vorwürfe, dass zu wenig abgelehnte Asylbewerber das Land wie-

„Die Situation wird zunehmend schwieriger.“

**STEPHAN ARTICUS,
GESCHÄFTSFÜHRER DES STÄDTETAGS**

der verlassen, ließ Kraft nicht gelten. Fast 90 Prozent der Menschen ohne Aufenthaltsstatus in NRW gehen freiwillig – immerhin 2969 abgelehnte Bewerber wurden 2014 aus NRW in ihre Heimatländer „zurückgeführt“, also abgeschoben. Das sei der höchste Wert in Deutschland, betonte Jäger.

In der Runde wird eine Idee „geboren“: NRW setzt auf mehr Familienzusammenführung. Künftig soll bei der Zuweisung von Flüchtlingen berücksichtigt werden, wo bereits Verwandte leben. NRW rechnet in diesem Jahr mit insgesamt 60 000 neuen Asylbewerbern.

Sorgen bereiten den Vertretern der Kommunen auch die steigen-

den medizinischen Ausgaben der Gemeinden für Flüchtlinge. Hier erwarten Land und Kommunen zusätzliche Anstrengungen des Bundes. Schließlich handele es sich um eine gesamtstaatliche Aufgabe. Bei der Sprachförderung für Erwachsene will und muss NRW aktiver werden. Zudem plant Landes-Sozialminister Guntram Schneider (SPD) ein „Willkommenspaket“ in mehreren Sprachen, um Flüchtlingen den Weg durch den Behördendschub zu erleichtern.

Sauer reagierten die Kommunen darauf, dass die Kostenerstattung für die Unterbringung der Flüchtlinge weiter nach den veralteten, niedrigeren Zahlen des Vorjahres erfolgt. „Die Situation wird zunehmend schwieriger“, klagte Städtetags-Geschäftsführer Stephan Articus. Die Zahl der erforderlichen Plätze ist umstritten. Die für die Landeseinrichtungen angestrebten 10 000 Unterkünfte reichen nicht aus, kritisierte der Städtetag NRW. Die CDU verlangt 15 000 Regel- sowie 2500 Notfallplätze. Als übereilt wird von vielen die derzeitige Landes-Praxis kritisiert, die Flüchtlinge nach durchschnittlich 14 Tagen an die Kommunen weiterzuschicken.

CDU-Innenexperte Andre Kuper nannte den zweiten Flüchtlingsgipfel gestern „äußerst ernüchternd“. Die Koalition habe sich einmal mehr darauf beschränkt, neue Forderungen an den Bund zu richten. Ministerpräsidentin Kraft kündigte eine Fortsetzung der „Gipfel-Diplomatie“ in NRW an.